

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
EVA MAJEWSKI
ISABELLE-CHRISTINE PANRECK

Juli 2014

Personenkarussell in Brüssel: Jean-Claude Juncker ist Kommissionspräsident

Mit 422 Abgeordnetenstimmen wählte das Europäische Parlament den Luxemburger Jean-Claude Juncker zum Kommissionspräsidenten. 376 Stimmen wären erforderlich gewesen. Die S&D-Fraktion, die liberale ALDE und die EVP-Fraktion hatten sich zuvor auf Juncker geeinigt.

Am Tag danach traf sich der Europäische Rat, um neben der Situation im Gaza-Streifen und in der Ukraine die Besetzung der „Topjobs“ zu erörtern.

Der von vielen erhoffte große Wurf gelang nicht: Die Staats- und Regierungschefs fanden zwar klare Worte zur Situation in der Ukraine und im Nahen Osten, jedoch konnten sie sich noch nicht auf die Besetzung der Positionen des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik (derzeit: Catherine Ashton), des Präsidenten des Europäischen Rates (derzeit: Herman van Rompuy) und den künftigen Eurogruppenchef (derzeit: Jeroen Dijsselbloem) einigen. Nun ist ein zweites Treffen der Staats- und Regierungschefs am 30. August geplant, an dem ein Gesamtpersonalpaket beschlossen werden soll.

Der frischgewählte zukünftige Präsident der Europäischen Kommission, Luxemburgs früherer Ministerpräsident Jean-Claude Juncker (59), hatte sich in der Woche zuvor in allen Fraktionen des Europäischen Parlaments vorgestellt und dort sich und seine Agenda für die kommenden fünf Jahre präsentiert. Nun obliegt es ihm nach dem Lisbon-Vertrag, gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten einen Vorschlag über die Besetzung der zukünftigen Kommission zu erarbeiten. Neben dem genauen Zuschnitt der Ressorts und ihrer Besetzung sollen mindestens zehn der 28 Kommissare Frauensein.

Die Topjobs der EU

In der Pressekonferenz nach dem Europäischen Rat begrüßte die Kanzlerin die Diskussion über die Vergabe der Spitzenpositionen in der EU. Nach der Wahl Junckers forderten Vertreter der Europäischen Sozialisten (SE), dass die Position der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und/oder die Position des Ratspräsidenten von einer Kandidatin aus der SE bekleidet werden sollte.

Juncker wünscht sich eine erfahrene Person als hohen Vertreter, möglichst aus der eigenen Parteienfamilie. Einig sind sich die meisten, dass die Britin Catherine Ashton in den vergangenen Jahren recht glücklos agiert hätte. Daher hoffen Beobachter auf einen außenpolitisch profilierten Kandidaten. Genannt wird Kristalina Georgiewa. Die konservative Bulgarin ist EU-Kommissarin für humanitäre Hilfe und Krisenschutz. In der Vergangenheit hatte sich die Wirtschaftsexpertin, die vormals als Vize-Präsidentin der Weltbank arbeitete, als versierte Außenpolitikerin bewiesen. Unterstützt wird die Kandidatur Georgiewas von den mittel- und osteuropäischen Ländern.

Georgiewas Kompetenz und Erfahrung geht der sozialistischen Kandidatin Federica Mogherini, Italiens Außenministerin, nach Meinung vieler ab: Die Italienerin ist selbst erst seit Februar diesen Jahres im Amt. Der italienische Premier Matteo Renzi möchte sie zwar, beflügelt durch das gute Abschneiden seiner Partito Democratico (PD, Mitglied der S&D-Fraktion) bei den Europawahlen, gerne durchsetzen, sieht sich aber Kritik an seinem Vorschlag ausgesetzt. Dalia Grybauskaitė, Litauens Präsidentin, die selbst Hoffnungen auf einen prestigeträchtigen Posten innerhalb der EU hegt, stört die Nähe Itali-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

EVA MAJEWSKI

ISABELLE-CHRISTINE PANRECK

Juli 2014

ens und seiner Regierung zu Russland. Elmar Brok, CDU-Politiker und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament, sprach sich gegen die Italienerin aus. Unterstützt wurde er dabei von seiner Parlamentskollegin Rebecca Harms von der Grünen-Fraktion. Einigen Beobachtern gilt der liberale Karel de Gucht, Belgier und derzeitiger Handelskommissar, als Alternative. De Gucht hatte diplomatisches Geschick im Spannungsfeld des Freihandelsabkommen (TTIP) bewiesen und gilt für viele als erfahren genug für die neue Aufgabe. Er und Radoslaw Sikorski, Polens Außenminister, der zuletzt durch einen Abhörskandal Schlagzeilen machte, haben jedoch einen Nachteil: sie sind keine Frauen.

Van Rompuy-Nachfolge

Auch ein Nachfolger für Ratspräsidenten Hermann van Rompuy, dessen Amtszeit Ende November ausläuft, wird gesucht. Während Teile der EVP mit dem Vorschlag der sozialdemokratischen Helle Thorning-Schmidt leben könnten, stoßen sich Vertreter ihrer eigenen Parteienfamilie – Frankreich allen voran – daran, dass Thorning-Schmidt nicht sozialistisch genug sei. Helle Thorning-Schmidt, die seit 2011 amtierende Regierungschefin Dänemarks, war zuvor selbst Europaabgeordnete. Ihr Makel: Dänemark ist kein Mitglied der Eurozone. Auch ihr österreichischer Kollege, Werner Faymann, ebenso Sozialdemokrat, wird als möglicher Nachfolger für van Rompuy gehandelt.

Sofern der Posten an einen Liberalen geht, wird der niederländische Premier, Mark Rutte, ebenso wie Andrus Ansip, der liberale Ex-Ministerpräsident Estlands, erwogen. Gesetz ist aber noch niemand. Zu groß sind die Interdependenzen zwischen den jeweiligen Positionen: Die Wahl eines Kandidaten beeinflusst auch die Besetzung einer anderen Position.

Auch Donald Tusk äußert sein Interesse an dem Posten des Ratspräsidenten. Während seine Bürgerliche Plattform sich als stärkste Fraktion und Sieger der Europawahlen in Polen behaupten konnte, droht ihm bei den nächsten nationalen Wahlen eine Niederlage. Zudem werden Dalia Grybauskaite

Chancen zugesprochen. Sie führt seit 2009 Litauen als Präsidentin und war zuvor EU-Finanz- und Haushaltskommissarin. Zuletzt hatte sie im vergangenen Jahr während der litauischen Ratspräsidentschaft eine gute Figur abgegeben. Sie ist jedoch parteilos, also keine Sozialdemokratin. Ihre Wahl würde daher die SE in das Personalkarussell nicht einbinden.

Die Reise nach Jerusalem – Wer erhält die wichtigsten Ressorts?

Derzeit führt Niederländer Jeroen Dijsselbloem die Eurogruppe an. Das Mandat des Sozialdemokraten endet planmäßig erst Mitte 2015. Jedoch wird über die Position grundsätzlich diskutiert. Auch eine Ablösung ad personam ist denkbar: Dijsselbloem selbst hatte immer wieder mit dem Vorwurf zu kämpfen, eher sein Land und dessen Ansichten zu vertreten als im Interesse des gesamten Währungsverbands zu handeln. Als möglicher neuer Kandidat wird dabei der amtierende spanische Finanz- und Wirtschaftsminister Luis de Guindos erwogen. De Guindos, selber konservativer Ökonom, weiß um die Bedeutung der Stabilität der Währung: vor seinem Eintritt in die Regierung Spaniens arbeitete er als Investmentbanker. Die Kandidatur unterstützen sicher die südeuropäischen Programmländer, jedoch hat der Experte in Finanz- und Bankfragen genau ein Makel: er arbeitete ausge-rechnet für die insolvente Investmentbank Lehman Brothers.

Frankreich erhebt derweil Anspruch auf den Posten des Währungskommissars. Dieser spielt eine Schlüsselrolle im Defizitverfahren, über deren Eröffnung er entscheidet. Italien und Frankreich favorisieren Pierre Moscovici, den ehemaligen Finanzminister Frankreichs. Beide Länder setzten sich jüngst für eine ‚laxere‘ Auslegung der Stabilitätsgrundsätze aus. Die Kommission verlängerte Frankreich zweimal die Frist zur Senkung der Neuverschuldung auf unter 3% vom nationalen Jahresbruttoinlandsprodukt. Ob im Herbst ein Defizitverfahren eröffnet wird, entscheidet maßgeblich der neue Währungskommissar. Der Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble steht daher die-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
EVA MAJEWSKI
ISABELLE-CHRISTINE PANRECK

Juli 2014

sem Vorschlag kritisch gegenüber. Juncker hat dem Vernehmen nach keine Bedenken.

Großbritannien möchte in der nächsten Kommission das Wirtschaftsressort besetzen. Jedoch hat auch der derzeitige deutsche Kommissar, Günther Oettinger, sein Interesse geäußert. Schon in der Banken- und Staatsschuldenkrise hatte er – noch als Ministerpräsident Baden-Württembergs – seine Kompetenz im Bereich des Wirtschafts- und Finanzwesens unter Beweis gestellt. Wenn auch nicht für das Ressort, so gilt er doch als Person gesetzt. Es ist gut möglich, dass er Vizepräsident der Kommission wird. Die Neigung, dem britischen Premierminister David Cameron entgegen zu kommen, ist in Brüssel nach seiner Weigerung die Personalie Juncker mitzutragen, gering. „Mund halten und hinten anstellen“, kommentierte ein Beobachter.

Viele ehemalige Staats- und Regierungschefs wagen den Sprung nach Europa oder wollen diesen wagen. Gelungen war er in den letzten Wochen dem Finnen Jyrki Katainen. Vier ehemalige Kommissare zogen ins Europaparlament ein (Viviane Reding, Janusz Lewandowski, Olli Rehn und Antonio Tajani). Auch Valdis Dombrovskis, ehemaliger lettischer Premierminister und Anwärter als Spitzenkandidat für die EVP, sitzt im Europaparlament und hegt Hoffnung auf einen Kommissarsposten.

Die Situation für Juncker ist kompliziert: er muss in wenigen Wochen das Personaltableau für die Kommission fertigstellen. Die Christdemokraten mit einer gestärkten Kanzlerin Merkel beharren auf der Einhaltung der Haushaltsdisziplin, die Sozialisten Renzi und Hollande fordern mit ihren Abgeordneten im Parlament Investitionsprogramme. Den Liberalen musste Juncker den Freihandel versprechen, den Grünen erneuerbare Energien und den Konservativen das Bekenntnis zu den Nationalstaaten. Schwierigste Auflage: das Europäische Parlament fordert mindestens neun Frauen als Kommissare. Nur die Italiener bekannten sich bislang jedoch fest zu einer Kandidatin: Federica Mogherini.

Das klingt nach der Quadratur des Kreises. Dem neuen Kommissionspräsidenten ist dabei eine glückliche Hand zu wünschen.

Ukraine: Verabschiedung von Stufe „2 plus“-Sanktionen

Hintergrund

Beim letzten Gipfeltreffen im Juni richteten die Staats- und Regierungschefs vier Forderungen an Russland: Ziel war die Deeskalation der Situation in der Ost-Ukraine. Russland kam keiner der Forderungen nach. Am 11.07.2014 beschloss die EU eine Ausweitung der Reiseverbote auf weitere elf Personen und das Einfrieren von Vermögenswerten. Weitergehende Sanktionen im Sinne der Stufe drei waren vor dem Sondergipfel zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten umstritten. Während sich die osteuropäischen Länder für ein härteres Vorgehen gegen Russland aussprachen, bremsten Frankreich, Italien und Österreich. Kurz vor dem Eintreffen der Staats- und Regierungschefs in Brüssel erhöhten die USA den Druck auf den Beschluss weiterer Sanktionen: Am Mittwochabend schlossen sie einige russische Top-Unternehmen der Energie- und Rüstungsindustrie vom Zugang zu den US-amerikanischen Finanzmärkten aus.

Schlussfolgerungen

Die Staats- und Regierungschefs forderten erneut eine friedliche Lösung für die Ukraine: Russland soll seinen Einfluss auf die Separatisten nutzen, um einen dauerhaften Waffenstillstand herbeizuführen. Die mangelnde Erfüllung der vier Forderungen des Juni Gipfels, gefordert wurde u.a. die Entwaffnung der Milizen, ahndet der Rat mit einer Verschärfung der Sanktionen der Stufe 2: Zukünftig werden auch die Vermögen russischer Unternehmen eingefroren. Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) setzen zudem die Unterzeichnung neuer Finanzierungsmaßnahmen mit Russland aus. Der Rat beauftragt überdies die Kommission mit der Prüfung und mgl. Aufhebung bestehender Kooperationsprogramme. Projekte zur Förderung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

EVA MAJEWSKI

ISABELLE-CHRISTINE PANRECK

Juli 2014

der Zivilgesellschaft sind ausgenommen. Der Rat erkennt die Annexion der Krim durch Russland nicht an und erwartet auch von internationalen Institutionen, von Projekten auf der Krim und in Sewastopol Abstand zu nehmen. Ferner sind die EU und die Mitgliedsstaaten bereit, einen Beitrag zur Grenzbeobachtermission der OSZE zu prüfen. Die Ukraine, Russland und die EU führen die trilateralen Gespräche zur Lösung des Gaskonflikts zwischen Russland und der Ukraine fort. Gleiches gilt für die Behebung eventueller Schwierigkeiten, die sich für Russland aus dem Assoziierungsabkommen zwischen EU und der Ukraine ergeben.

Kommentar

Die Gipfelteilnehmer einigten sich auf weitere Sanktionen gegen Russland. Die Verabschiedung von Strafmaßnahmen der Stufe 3 blieb jedoch aus. Die zurückhaltende Ausweitung der Strafmaßnahmen könnte auf kleine Risse in der gemeinsamen europäischen Haltung gegenüber Russland hinweisen. Der Beschluss von Sanktionen der Stufe 3 könnte wirtschaftliche Einbußen auch für die EU bedeuten. Die südlichen Mitgliedsstaaten wollen diese nicht hinnehmen, die östlichen hingegen bewerten das sicherheitspolitische Risiko höher als die Gefahr wirtschaftlicher Verluste. Die Erwartungen auch von Seiten der USA an die EU sind hoch. Der Ukraine-Russland-Konflikt zwingt die EU, sich als Akteur in der internationalen Sicherheitspolitik zu beweisen. Mit ihren Beschlüssen erreichen die Staats- und Regierungschefs die Schwelle zur dritten Stufe. Sollte sich die Lage in der Ostukraine nicht entspannen, wäre der nächste Schritt un-

ausweichlich – wenn die EU nicht als „zahnloser Tiger“ dastehen möchte.

Gaza: Rat fordert von Hamas Zustimmung zur Waffenruhe

Hintergrund

Nach dem Mord an drei israelischen Jugendlichen durch die radikal-islamische Hamas und den anschließenden Vergeltungsmord an einem palästinensischen Jugendlichen eskaliert die Lage in Nahost zunehmend. Eine von Ägypten eingeleitete Waffenruhe lehnte die Hamas ab.

Schlussfolgerungen

Der Rat bedauert die anhaltende Gewalt im Nahen Osten. Die Staats- und Regierungschefs fordern die Hamas auf, der von Ägypten eingeleiteten Waffenruhe zuzustimmen und bestätigen das Rechts Israels auf angemessene Verteidigung.

Kommentar

Die Staats- und Regierungschefs betonen die oberste Priorität der israelischen Sicherheit. Israel hat das Recht seine territoriale Integrität gegenüber den Angriffen der Hamas zu verteidigen. Zugleich setzt der Rat auf Diplomatie. Mit konkreten Handlungsbeschlüssen war nicht zu rechnen.